

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. Gemeindevorstandskonto: Bad Schandau 36 :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — Druck: Aufschrift: Elbzeitung Bad Schandau



Tageszeitung für die Landgemeinden Altenorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshof, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmisches Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele — Verantwortlich: K. Mohrhammer

Ercheint tägl. nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis für die Woche vom 18. bis 23. 2. ins Haus gebracht 45 Gold-Msg für Selbstabholer 40 Gold-Msg. Einz. Nummer 10 Gold-Msg. Bei Abonnements-Verteuerungen, Erhöhungen der Preise u. Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 6gepaltene 42 mm breite Zeile 16 Pfennig, für auswärtsige Aufträge 20 Pfennig, 85 mm breite Reklamezeile 8 Pfennig. Tabellarische Anzeigen nach besond. Tarif. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Schacht, Aufschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Nr. 44

Bad Schandau, Donnerstag, den 21. Februar 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Es heißt, daß die drei Regierungsparteien, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, dem Wunsch der Regierung entsprechend keine Veränderungen zu den Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes beantragen wollen.

* In einer Versammlung der deutschnationalen Beamenschaft in Berlin machte Abg. Wejarp die Mitteilung, die deutschnationale Reichstagsfraktion werde in der kommenden Woche die Auflösung des Parlamentes beantragen.

* Die französische Militärpolizei nimmt in der Pfalz weitere Verhaftungen von Bürgern als Geiseln vor. Die bewaffneten Separatisten werden in der nächsten Woche unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden entwaffnet und abtransportiert werden.

* Die Zahl der politischen Gefangenen in französischen Händen aus dem Ruhrgebiet hat sich infolge Verwendung der Reichsregierung von 5000 auf etwa 1500 vermindert. Deportationen finden nicht statt.

Reichstagsdämmerung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Reichstag rüstet sich zum Sterben. Zum letzten Mal haben die Abgeordneten dieses Reichstages von „Muttern“ Abschied genommen; den einen oder andern von ihnen mag das bange Gefühl beschleichen, daß dies das allerletzte Mal gewesen ist, daß nicht alle, die wiederkehren, sich der Heimat freuen werden. Die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Westfalen scheinen den Beweis erbracht zu haben, daß die Wählermassen zum großen Teil anderen politischen Anschauungen sich zuwenden als das 1920 bei den letzten Wahlen der Fall war. Das Charakteristische ist die jedesmalige starke Schwächung der Mitte und der Sozialdemokratie zugunsten der Flügelparteien ganz rechts und links.

Was Wunder, daß der sieben wieder zusammengetretene Reichstag ganz unter dem Zeichen der Wahlen steht und dabei jene Parteien der Mitte, also die Koalitionsparteien einschließlich der Sozialdemokraten, sich nach einer baldigen Neuwahl nicht gerade sehnen. Man spricht vorläufig von einem Wahltermin am 15. Juni — ungefähr der späteste, der verfassungsmäßig möglich ist. Nun ist aber die politische Situation so verzwickelt, daß auch alles anders kommen kann.

Wenigstens eine Verordnung, die in der Ara des Ermächtigungsgesetzes von der Regierung erlassen worden sind, haben in weiten Kreisen starke Erbitterung hervorgerufen; so die Beamtenabgabe, die Zusatzsteuernordnung und namentlich die dritte Steuererhöhungsverordnung. Dieser Erbitterung werden wohl die Oppositionsparteien durch Änderungsanträge Ausdruck geben; aber auch die Sozialdemokratie, die ja nicht unbedingt zu den Regierungsparteien gehört, wird, nicht zuletzt aus Wahlrücksichten, die ja jetzt bei allen Parteien sehr maßgebend auf ihre Entschlüsse wirken werden, diese Opposition wenigstens teilweise mitmachen. Nun hat aber die Regierung erklärt, daß sie jeden Versuch einer grundlegenden Veränderung einer der vielen Verfügungen mit der Auflösung des Reichstages beantworten wolle. Für sie gebe es nur eine Gesamtübernahme einer Verordnung. Aber die Regierung selbst ist natürlich auch nicht gerade entzückt von einer schnellen Abarbeitung des Wahltermins, und versucht, die Opposition der Rechten durch das Versprechen zu mildern, den Wahltermin etwa Mitte Mai schon jetzt durch Verordnung festzulegen und dem augenblicklich tagenden Reichstag vorher nicht das Lebenslicht auszublasen, damit die Abgeordneten für die Zeit der Wahlagitatio noch die Freispartei und die Dänen haben. Das ist nämlich, angesichts der finanziellen Schwäche der Parteien, von großer Wichtigkeit. Es liegt also wesentlich in der Hand der Rechtsopposition, wie sich die weitere Entwicklung der politischen Lage gestalten mag, und hier ist noch nicht abzusehen, ob man sich nicht doch zum Sprachrohr der Erregung machen wird, aus Wahlrücksichten machen muß. Nicht zuletzt, weil diese Partei der bei ihr vorhandene Einfluß der Landbevölkerung vielleicht unter dem Druck der steuerlichen Belastung zu den oben angedeuteten Schritten zwingen wird. Hinzu kommen noch starke Bedenken gegen die Außenpolitik der Regierung.

Stresemann, der Außenminister, hat in Elberfeld erklärt, daß ihm für die Befreiung des Rhein-Ruhr-Gebietes kein Preis zu hoch sein würde, auch nicht die internationalisierte Finanzkontrolle mittels der Goldnotenbank. Ist dieses Angebot, ehe man in Verhandlungen über das Reparationsproblem eintritt, schon als überflüssig, ja schädlich betrachtet worden, so verstärkt sich das Gerücht, daß die internationale Anleihe, die man uns vielleicht geben will, im wesentlichen basiert werden soll auf einer Verpfändung der Reichsbahn an das die Anleihe ausgebende internationale Finanzkonsortium. Dieses aber würde sich dann natürlich einen maßgebenden Einfluß auf das Tarifwesen wahrnehmen und es nach den wirtschaftlichen Interessen der an der Anleihe beteiligten

Staaten umgestalten, nicht nach den Interessen der deutschen Wirtschaft. Wir verkönnen also die Tarifhoheit. Und dazu kommt die Befürchtung, daß Frankreich auf eine „Internationalisierung“ des Rhein-Ruhr-Gebietes mit dem Völkerverbund als Dirigent hinstrebt und dabei vielleicht auch die Zustimmung des in den Völkerverbund gebundenen verarmten Macdonald finden wird. Was das aber heißt, wissen wir aus den Zuständen im Saargebiet. Das sind die innen- und außenpolitischen Spannungen, die den Reichstag beherrschen und möglicherweise sehr bald sich entladen werden. Wann und wie, wird wohl erst die große politische Aussprache Anfang nächster Woche entscheiden; ob es Theaterdonner bleibt oder eine wirkliche Explosion wird.

Keine Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes. Berlin, 20. Februar. Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, kommt eine Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes nicht in Frage, da die Regierung in dieser Hinsicht keinerlei Wünsche äußert hat.

Die Reichsregierung rechnet mit vorzeitigen Neuwahlen.

Berlin, 20. Febr. Der Reichsminister des Innern hat, wie die Elb. erfährt, die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wahllisten für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 23. März auslegungsfähig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Dr. Schacht von Paris zurück.

Goldnotenbank und Reparationen.

Der deutsche Reichsbankpräsident ist nach den mehrfachen Verhandlungen mit den Sachverständigenkommissionen in Paris nach Berlin zurückgekehrt, soll aber voraussichtlich nächste Woche wieder in Paris sein, um weiter zu beraten. Die Vorarbeiten der Sachverständigenkommissionen hatten eine mehrstündige Konferenz mit Poincaré.

Unter Vorsitz Poincarés fand eine Ministerkonferenz statt, an der auch die französischen Sachverständigen teilnahmen. Gegenstand der Beratung war einmal Berichtserstattung der Sachverständigen sowie über die Pläne Dr. Schachts, seine Vorbehalte zur Schaffung der Goldnotenbank, ferner Mitteilung Poincarés an die Sachverständigen über seine Auffassung.

Hierbei hat sich herausgestellt, daß beide Meinungen ziemlich weit auseinandergehen. Es fehlt nicht an lebhaften Bemühungen Englands und Amerikas, Frankreich dazu zu bewegen, dem Ruhrgebiet bald seine wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederzugeben und die Sicherung der französischen Pfänder nur durch die Aufrechterhaltung einer möglichst unsichtbaren militärischen Besetzung vorzunehmen.

In amerikanischen Kreisen wird berichtet, daß man in dieser Frage wohl mit einem Nachgeben Frankreichs rechnen könne, wenn ihm Garantien gegeben würden, daß während des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums die Naturalieferungen, besonders die an Kohlen, nicht unterbrochen würden; andernfalls aber würde ein neuer weit stärkerer Konflikt in der ganzen Ruhrfrage innerhalb der Entente ausbrechen und Frankreich damit alle Pläne der Sachverständigen rüdemweg verwerfen.

Poincaré für Ruhräumung?

Der Bericht der Sachverständigen soll bereits vorliegen und dem französischen Ministerpräsidenten von dem Delegierten Parlamentarier unterbreitet worden sein. Der Bericht sehe die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und eine rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré soll sich, so behauptet „Chicago Tribune“, grundsätzlich mit den Schlussfolgerungen des Berichtes einverstanden erklären haben.

Paris, 21. Febr. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat gestern Abend seine Rückreise nach Berlin angetreten. Er hat heute nicht mehr mit den Sachverständigen verhandelt. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die sofortige Schaffung der von Dr. Schacht vorgeschlagenen Goldnotenbank nach dem Verlaufe der Pariser Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten gesichert sei.

Die zukünftige Militärkontrolle.

Ein Garantieauschuß.

Aus London wird berichtet, im britischen Kreise sei man in der Frage der künftigen Kontrolle deutscher Rüstungen für Annahme der vorläufigen Kompromißlösung, die im Spätherbst des Jahres 1922 vor der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes aufgestellt wurde. In diesem Falle würde die gegenwärtig

läufige und kostspielige Kommission ersetzt werden durch einen weit kleineren Garantieauschuß, der sich auf die Vollendung der Entwaffnung Deutschlands in wirklich wichtigen Punkten, wie Artillerie, Tanks, Luftfahrt und Giftgasfabriken konzentrieren würde, statt auf geringere Waffen und Organisationen. Die Kosten dieses kleineren Ausschusses könnten, wie im Jahre 1922 angeregt worden sei, von den Alliierten getragen werden.

Keine internationale Reichsbahn.

Die Umwandlung der Bahn.

Berlin, 20. Februar.

Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats trat zu einer Sitzung zusammen, um über Vorlagen der Verwaltung in Tariffragen zu beraten. Nach Eröffnung ergriff Reichsverkehrsminister Osier das Wort. In längeren Ausführungen wies er auf die Entwicklung der Reichsbahnen hin und schilderte die Wirkung der Verhältnisse an Rhein und Ruhr auf die Eisenbahnen. Weiter ging er auf die Umwandlung der Reichsbahn auf privatwirtschaftlicher Grundlage ein. Im Zusammenhang mit den vielfach veröffentlichten Meldungen über eine Internationalisierung der Reichsbahn fand ein vom Geheimen Kommerzienrat Arnhold eingebrachter Antrag einstimmige Annahme. Der Antrag erklärt sich entschieden gegen eine etwaige fremde Einflusnahme auf die deutsche Reichsbahn.

Die neue Vollzugsgewalt in Bayern.

Staatskommissare in München, Nürnberg und Oberbayern.

Der bayerische Ministerrat hat eine neue Verordnung über „Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ erlassen, die infolge des Rücktritts des Generalkommissars notwendig geworden sind. Die Vorschriften über die Einsetzung des Generalkommissars und die diesem erteilten besonderen Vollmachten werden aufgehoben und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden besondere Beamten (Staatskommissare) bestellt, und zwar in München, Nürnberg und Oberbayern. Die Staatskommissare können Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen. Sämtliche Behörden des Reichs, der Länder und der Gemeinden, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden sind verpflichtet, den Verfügungen Folge zu leisten. Zudem sind sie berechtigt, die Hilfe der Behörde anzufordern. Auch die Verhängung der Schutzhaft wird geregelt. Infolge vorübergehender Aufhebung der öffentlichen Sicherheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden.

Wiederbeginn des Reichstages.

(398. Sitzung.) OB. Berlin, 20. Februar.

Bei der Eröffnung durch den Präsidenten Lübe ist das Haus nur mäßig besetzt. In seiner einleitenden Rede erinnerte der Präsident an den Ablauf des Ermächtigungsgesetzes und hob hervor, daß dies vornehmlich die letzte Tagung des Hauses vor der Wahl ist. Während das Haus sich erhob, gedachte der Präsident des Ende Dezember v. J. verstorbenen langjährigen Direktors beim Reichstage, Jungheim.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Kommunist Bark einen bringenden Antrag jeder Partei auf sofortige Aufhebung der auf Grund des § 48 der Reichsverfassung und des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verfügungen und forderte sofort die Wepbrechung.

Der sozialistische Abg. Müller-Franken widersprach diesem Antrag mit der Begründung, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, in den ersten Tagen der nächsten Woche sehr ausführlich ihre Haltung während der Dauer des Ermächtigungsgesetzes darzulegen. Infolge weiteren Widerspruchs aus dem Hause konnte der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dank an Österreich.

Als erster Punkt kam der Gesandtenrat zum Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und der Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich zur Beratung. Dies gab dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann Gelegenheit, dem österreichischen Volke für die Hilfe zu danken, die es trotz der eigenen Not in letzter Zeit dem deutschen Volke geleistet habe. Er sprach weiter die Hoffnung aus, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Völkern durch den abzurufenden Handelsvertrag noch mehr befestigen mögen. Das Gesetz wurde ohne weitere Debatte in allen 3 Lesungen angenommen, ebenso auch der Gesandtenrat über Danzig und emeländische Angelegenheiten.

Das Gesetz zur Änderung der Kraftfahrzeugkennzeichenverordnung ging an den Ausschuß. Dann folgte die Beratung der beiden

Interpellationen über die Pfalz.

Die Interpellation des Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Betreffend die durch die Separatistenbewegung in der bayerischen Abolitionisten geschaffenen Zu-